

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Mittwoch (Vormittag), 8. Juni 2022 / Mercredi matin, 8 juin 2022

Staatskanzlei / Chancellerie d'Etat

52 2022.RRGR.38 Motion 025-2022 Vanoni (Zollikofen, Grüne)
Richtlinien der Regierungspolitik 2023–2026: Den Klimaschutz ins Zentrum rücken (Klima-Legislatur)

52 2022.RRGR.38 Motion 025-2022 Vanoni (Zollikofen, Les Verts)
Programme gouvernemental de législature 2023-2026 : mettre la protection du climat au centre (législature pour le climat)

Präsident. Der Regierungsrat empfiehlt Annahme als Postulat. Wir führen eine freie Diskussion.

Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne), Motionär. «Es ist Zeit für die Notbremse.» Dies sagte vor etwa einem halben Monat in diesem Saal an diesem Rednerpult die ETH-Professorin Sonia Seneviratne vor den versammelten Delegationen aus fast allen Kantonsparlamenten der Schweiz. Sie hat an der Frühlingstagung der interkantonalen Legislativkonferenz über den Stand der Klimakrise aus Sicht der Wissenschaft referiert. Sie waren alle dazu eingeladen. Ein Dutzend aus fast allen Fraktionen hat gehört, als sie sagte: «Es ist Zeit für die Notbremse». Sie hat zusammen mit diesem Satz ein Bild einer Notbremse auf die Leinwand projiziert. Darauf hiess es auf Französisch: Alarm.

Alarm geschlagen hat sie gestützt auf den jüngsten, den sechsten Bericht des Weltklimarats IPCC. Er wurde im letzten Jahr veröffentlicht und gab mit den Anstoss für diese Motion. Die ETH-Professorin Seneviratne hat an diesem Bericht als eine der koordinierenden Leitautorinnen massgeblich mitgearbeitet. Sie hat ihren Ruf nach der Notbremse aus den alarmierenden Befunden in diesem Bericht hergeleitet. Sie hat zum Beispiel gesagt: «Die Klimakrise findet jetzt statt». Das zeigen die Temperaturrekorde und Wetterextreme, die sich in der letzten Zeit ereignet haben und die zunehmend auftreten. «Jede zusätzlich emittierte Tonne CO₂ führt zu mehr globaler Erwärmung», und damit zur Verstärkung dieser negativen Trends. «Die beobachtete Erwärmung ist in der Schweiz doppelt so hoch wie im weltweiten Durchschnitt.» Sie hat zudem gesagt, um das gesteckte Ziel der globalen Erwärmung und maximal 1,5 Grad nicht zu überschreiten, sollten die CO₂-Emissionen bis ins Jahr 2030 halbiert werden. Bis ins Jahr 2030 halbieren! Für das Zwischenziel bleiben also noch acht Jahre.

Für die Hälfte dieser kurzen Zeitspanne wird der Regierungsrat in seinen Richtlinien für die Regierungspolitik Ziele und Massnahmen auf kantonaler Ebene definieren müssen. Es ist sicher erfreulich, dass der Regierungsrat in seiner Stellungnahme zur vorliegenden Motion bestätigt, dass er die Herausforderungen des Klimawandels im Kanton Bern breit und prioritär angehen will. Er anerkennt denn auch ausdrücklich, dass der Klimaschutz für die Legislaturperiode 2023–2026 eines der zentralen Themen sein wird. Aber fünf Zeilen weiter unten schreibt er, es sei jetzt noch verfrüht, den Klimaschutz als zentrales Thema der Regierungsrichtlinien festlegen. Es brauche zuerst noch eine umfassende Auslegeordnung, und es gebe noch andere Megatrends, die man berücksichtigen müsse. Deshalb will er diese Motion nur als Postulat entgegennehmen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ist das nicht ein bisschen widersprüchlich und inkonsequent? Der Klimaschutz soll breit und prioritär angegangen werden und ein zentrales Thema der Legislaturperiode sein, aber zum Festlegen als zentrale Priorität soll es jetzt noch zu früh sein? Wir, also diejenigen, die damals schon dabei waren, haben im Grossen Rat vor drei Jahren in der Erklärung zur Klimapolitik die Priorität bereits bestimmt. Das Berner Volk hat uns mit dem klaren Ja zum Klimaschutzartikel in der Kantonsverfassung unterstützt. Wir haben uns mit dem selten genutzten Instrument der Erklärung verpflichtet, «das in unserem Einflussbereich Mögliche zu tun, um dem Klimawandel entgegenzutreten und mögliche Massnahmen prioritär zu behandeln».

Jetzt haben wir es in der Hand, den Regierungsrat mit der Zustimmung zur verbindlichen Form der Motion zur gleichen Prioritätensetzung zu verpflichten. Gemäss Art. 80 der Kantonsverfassung mit dem Randtitel «Aufträge an den Regierungsrat, Grundsatzbeschlüsse», haben wir das Recht, das mit einer Motion zu tun. Wir können so in der neuen Zusammensetzung nach den kürzlich erfolgten Wahlen bekräftigen, was wir vor den Wahlen versprochen haben.

Es ist Zeit für die Notbremse. Mit einem Ja zur Motion zeigen wir, dass wir den Alarmruf der Wissenschaft gehört haben und bereit sind, unsere Politik konsequent und vor allem schneller und viel stärker als bisher auf das Ziel der Klimaneutralität auszurichten. Natürlich ist mit der Annahme der Motion allein noch nichts gewonnen. *(Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'orateur de conclure.)* Es wird auf die konkreten Massnahmen ankommen, die uns der Regierungsrat in den Richtlinien vorlegen wird. Ich bitte um Zustimmung zur Motion.

Präsident. Weil es viele neue Mitglieder gibt und zur Wiederholung: Bei einer freien Debatte beträgt die Redezeit für Motionäre und Fraktionssprecher fünf Minuten, für Einzelsprecher drei Minuten.

Verena Aebischer, Guggisberg (SVP), Fraktionssprecherin. Merci für die Erinnerung an die Redezeit, ich werde sie nicht ausnützen. Ja, der Klimawandel beschäftigt uns. Nicht erst jetzt, und auch nicht nur die nächsten vier Jahre. Das ist uns allen hier im Saal bewusst. Auch für den Regierungsrat ist klar, dass die Herausforderungen des Klimawandels prioritär behandelt werden müssen. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist nicht das einzige Thema, das uns beschäftigt, nicht das einzige Problem, das wir behandeln müssen und nicht der einzige Bereich, auf den wir unser Augenmerk legen müssen.

Aus Sicht der SVP wäre es vermessen, die Legislatur zu einer Klimalegislatur zu ernennen. Unser Auftrag der Wählerin und des Wählers ist schliesslich, dass wir uns um den ganzen Kanton mit allen Anliegen kümmern. Wir sind der Meinung, dass der Regierungsrat die Problematik genügend aufgenommen und entsprechend auf dem Radar hat. Eine zusätzliche Weisung von unserer Seite ist dementsprechend gar nicht nötig. Das Vorhaben wird durch den Regierungsrat also bereits genügend erfüllt. Aus diesem Grund beantragen wir die Abschreibung. Zudem werden wir sowohl die Motion wie auch das Postulat einstimmig ablehnen.

Daniel Arn, Muri b. Bern (FDP), Fraktionssprecher. Wir von der FDP-Fraktion lehnen den Vorstoss als Motion ab, und wenn er in ein Postulat gewandelt wird, auch mehrheitlich. Warum? Wir sehen es genau gleich wie die Regierung und die Vorrednerin. Die Klimathematik ist ein sehr wichtiges Problem, aber sie ist nicht das alleinige Problem. Es darf nicht für eine ganze Legislatur so zentral ins Licht gerückt werden, wie gefordert wird. Die Regierung führt in ihrer Antwort ja aus, dass sie sich bei der Erarbeitung der Richtlinien der Regierungspolitik intensiv diesem Thema widmen möchte.

In der letzten Legislatur hat man hier im Saal das Kantonale Energiegesetz (KEng) revidiert. Auch der Regierungsrat zählt in seiner Antwort auf, welche weiteren klimarelevanten Strategien vorhanden sind, an denen er sich orientieren will. Wir konnten lesen, es gibt eine Energiestrategie, eine Umweltstrategie der WEU, eine zur Gesamtmobilität und eine Wirtschaftsstrategie. Nun ist es aber an der Zeit, dass wir endlich einmal von den vielen Strategien, die überall unterwegs sind, auch einmal Ergebnisse sehen und das Fuder nicht weiter überladen. Denn auch ein Postulat – wenn gewandelt wird – macht es nicht besser.

Statt weiter zu prüfen, soll die Verwaltung zeitnah Ergebnisse und Massnahmen erarbeiten und auch abschliessen, denn das ist Knochenarbeit. Es ist auch viel effizienter, als weitere zwei Jahre über einem eventuellen Bericht zu brüten. Noch einmal: Wir lehnen diesen Vorstoss als Motion ab, als Postulat lehnen wir ihn mehrheitlich ab.

Philippe Messerli, Nidau (EVP), Fraktionssprecher. Die EVP hat Sympathie für den vorliegenden Vorstoss. Um den verheerenden Folgen und Risiken des Klimawandels entgegenzuwirken, besteht dringender Handlungsbedarf. Auch der Kanton Bern muss seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Ohne grössere Anstrengungen kann die angestrebte Klimaneutralität bis ins Jahr 2050 nicht erreicht

werden. Mit der Annahme des Klimaschutzartikels im letzten Jahr haben Politik und Behörden vom Volk einen klaren und verbindlichen Auftrag erhalten. Diesen gilt es ohne Wenn und Aber umzusetzen. Massnahmen müssen dringend an die Hand genommen werden, um die ambitionierten Ziele zu erreichen. Die Forderung der Motion, den Klimaschutz zum zentralen Schwerpunktthemen der aktuellen Legislatur zu machen, ja, diese Legislatur sogar zur Klimalegislatur zu erklären, ist vor diesem Hintergrund deshalb verständlich.

Der Klimaschutz ist zentral, das ist wahr. Aber es gibt auch andere wichtige Themen, die es nicht zu vernachlässigen gilt, wie zum Beispiel die digitale Transformation, den demographischen Wandel, den Erhalt der Biodiversität oder die Verbesserung der kantonalen Standortattraktivität. Die Liste liesse sich beliebig fortsetzen. Es ist die Aufgabe der Politik, die richtigen Schwerpunkte zu setzen. Es braucht dazu aber keine Durchsetzungsmotion. Eine einseitige Ausrichtung, einzig und allein auf den Klimaschutz, wird den Ansprüchen an die Politik und unserer Verantwortung gegenüber dem Kanton und seiner Bevölkerung nicht gerecht. Der Klimaschutz soll ganz klar zu einem Schwerpunkt der Legislatur werden, aber nicht zum einzigen. Die EVP unterstützt deshalb den vorliegenden Vorstoss in Form eines Postulats.

Wir stehen vor grossen Herausforderungen in der Klimapolitik, aber auch in vielen anderen Themenfeldern. Die EVP will in dieser Legislatur in möglichst vielen Bereichen konkrete Verbesserungen für die gesamte Bevölkerung erreichen und den Kanton als gesamtes vorwärtsbringen. Machen wir uns deshalb an die Arbeit. Gefragt sind konkrete Taten und mehr als nur schöne Worte in den Regierungsrichtlinien.

Andreas Mühlemann, Grasswil (Die Mitte), Fraktionssprecher. Der Mitte-Fraktion ist der Klimaschutz ebenfalls sehr wichtig, genauso, wie die Motion es auch sieht. Der Regierungsrat stützt die Anliegen der Motionäre ebenfalls und ist bereits daran, diese Richtlinie auszuarbeiten. Die Klimaveränderung ist uns allen bekannt. Ich als Landwirt sehe diese Veränderungen immer wieder, sei es bei langen Trockenperioden, in denen das Wasser fehlt, oder umgekehrt bei heftigen Gewittern und manchmal Überschwemmungen. Wir sind überzeugt, dass der Regierungsrat die grossen Erwartungen rasch anpackt und umsetzt, damit die Klimaziele 2050 erreicht werden. Übrigens hat das Berner Stimmvolk, wie bereits gesagt wurde, den Kanton und die Gemeinden mit dem Verfassungsartikel 31a dazu beauftragt. Wir werden die Motion ablehnen, aber einem Postulat einstimmig zustimmen.

Samuel Kullmann, Thun (EDU), Fraktionssprecher. Die EDU-Fraktion anerkennt die Tatsache, dass in den letzten zirka 100 Jahren eine Erwärmung des Klimas stattgefunden hat, dass dies auch für viele Länder Schwierigkeiten mit sich bringt und dass es einen gemeinsamen Ansatz braucht, um dort Massnahmen zu ergreifen, wo der Menschen für eine Veränderung des Klimas mitverantwortlich ist. Ein sparsamer und effizienter Einsatz der natürlichen Ressourcen sowie eine Reduktion der Energieabhängigkeit vom Ausland, gerade auch dort, wo Menschenrechte mit Füßen getreten werden, aktuell besonders in Russland, aber ebenso in zahlreichen arabischen Staaten, ist ein wichtiges Ziel.

Während der letzten Legislatur hat sich die EDU-Fraktion mit verschiedenen Vorstössen dafür eingesetzt, dass diese Ziele gefördert werden. Sei es die Forderung nach einer Umstellung der kantonalen Fahrzeugflotte auf Alternativantrieb, die Förderung erneuerbarer Energien und entsprechender Speichermöglichkeiten, damit der Prozess der Dekarbonisierung beschleunigt werden kann, die Förderung des Velos als Fortbewegungsmittel oder die Aufhebung des De-facto-Verbots des Ride-sharings im Kanton Bern.

Das Berner Stimmvolk hat, wie wir alle wissen, im September 2021 mit 63,8 Prozent Ja-Stimmen entschieden, unsere Kantonsverfassung um einen Klimaartikel zu ergänzen, hat aber kein halbes Jahr später mit 52 Prozent Nein eine ökologische Reform der Motorfahrzeugsteuer abgelehnt. Diese Tatsache zeigt, dass es eine Herausforderung ist, eben genau Lösungen zu finden, die mehrheitsfähig sind. Es geht darum, dass man ein globales Ziel auf konkrete, sinnvolle und effiziente Massnahmen im Kanton Bern herunterbrechen kann, die mehrheitsfähig sind. Das ist bereits das Ziel des Regierungsrates. Ich denke, das ist auch das Ziel von vielen hier im Saal. Es steht jedem

von uns frei, entsprechende Vorschläge zur Diskussion zu stellen. Diese Möglichkeiten, das merkt man, werden auch reichlich genutzt. Die Ausrufung einer Klimalegislatur ist dafür absolut keine Voraussetzung. Aus diesem Grund lehnt die EDU-Fraktion den vorliegenden Vorstoss sowohl als Motion wie auch als Postulat ab.

Dominique Bühler, Liebefeld (Grüne), Fraktionssprecherin. Als erstes möchte ich mich herzlich für die vielen Glückwünsche bedanken, die ich erhielt. Ich freue mich sehr auf dieses neue Amt und vor allem auf die Zusammenarbeit mit Ihnen.

Der Legislaturplan ist das oberste Planungs- und Steuerungsinstrument des Regierungsrates und schlussendlich das Steuerrad der kantonalen Verwaltung. Es gibt die Richtung vor, in die sich der Kanton Bern bewegen wird. Der Regierungsrat ist frei, Schwerpunkte für die nächsten vier Jahre zu setzen. Allerdings sollten die wichtigsten Aufgaben und Ziele, welche die kantonale Verwaltung beschäftigen werden, aufgenommen werden. Mit der Annahme des Klimaschutzartikels in der Berner Verfassung, wir haben es bereits vom Motionär gehört, ist für die Fraktion der Grünen die Stossrichtung, oder, wie der Motionär gesagt hat, die Priorität in der nächsten Legislatur klar gesetzt.

Wir sind erfreut, dass der Regierungsrat und einige Fraktionen die Wichtigkeit des Klimaschutzes teilen. Das habe ich gerade gehört. Gleichzeitig sind wir erstaunt, dass sich der Regierungsrat nicht festlegen und eine Klimalegislatur lancieren will. Wenn wir einen Blick über die Kantonsgrenzen werfen, sehen wir, dass es andere Kantone gibt wie beispielsweise den Kanton Solothurn, der in seiner Legislaturplanung den Fokus auf die Herausforderungen des Klimawandels sowie der Digitalisierung gesetzt hat. Andere Kantone und auch andere Gemeinden haben den Ernst der Lage erkannt und handeln. Wieso nicht auch der Kanton Bern?

Die Fraktion der Grünen ist mit dem Regierungsrat einig, dass auch andere Themen wichtig sind, wie die digitale Transformation, der Verlust an natürlichen Ressourcen und die demografische Entwicklung. Wie Philippe Messerli gesagt hat, ist diese Liste nicht abschliessend. Das eine schliesst aber das andere nicht aus. Auch die vom Regierungsrat genannten Megatrends können in einer Klimalegislatur aufgenommen werden, und wenn wir genau hinschauen, sind diese Megatrends mit dem Klimaschutz verknüpft. Die Digitalisierung bietet vielversprechende Ansätze, um das Klima und die Umwelt weniger zu belasten. Die Übernutzung natürlicher Ressourcen ist mit Emissionen und anderen Umweltwirkungen verbunden. Beide Stossrichtungen bieten also die Möglichkeit zur nachhaltigen Entwicklung in Themen wie Energie, Kreislaufwirtschaft, Mobilität und so weiter. Bei der demografischen Entwicklung sind zum Beispiel auch klimabedingte Risiken in Bezug auf Hitzewellen relevant.

Ein Legislaturplan, welcher den Klimaschutz nicht als zentralen Schwerpunkt definiert, verfehlt eine der grössten Herausforderungen unserer Zeit. Es wäre kein gutes Zeichen für den Kanton Bern, denn es widerspiegelt weder den Volkswillen, noch würde der Kanton Bern seine Vorbildrolle wahrnehmen. Das Potenzial des Klimaschutzes muss innerhalb der kantonalen Verwaltung in allen Bereichen erkannt werden. Es muss konsequent auf die CO₂-Neutralität hingearbeitet werden. Die Notwendigkeit des Handelns haben wir bereits vom Motionär gehört. Es braucht jetzt eine Notbremse. Der Legislaturplan ist das richtige Instrument für diese Notbremse. Wir müssen die Weichen für eine klimafokussierte und klimafreundliche Legislatur jetzt stellen. Die Fraktion der Grünen wird diese Motion natürlich einstimmig unterstützen und bedankt sich für die gutgewillte Aufnahme dieses wichtigen Anliegens. Setzen wir, wie es andere Kantone und Gemeinden vorgemacht haben, ein Zeichen mit einer Klimalegislatur.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Fraktionssprecher. Als ich die Antwort zu dieser Motion las, war ich etwas erstaunt, dass davor nicht das kursiv gedruckte Absätzchen stand, welches die Regierung jeweils einfügt, es sei eine Richtlinienmotion. Denn das ist wortwörtlich eine Richtlinienmotion. Der Motionär möchte nämlich auf die Richtlinien der Regierung Einfluss nehmen. Aber es ist natürlich nicht in dem Sinn eine Richtlinienmotion, in welchem sie jeweils dieses Absätzchen einfügt. Von dem her ist es richtig, dass es nicht dort steht.

Trotzdem mache ich einen kleinen Vorbehalt. Es gibt Geschäfte hier im Saal, die ganz klar Grossratsgeschäfte sind, und es gibt Geschäfte, die ganz klar der Regierung zugeteilt sind. Eines der

Geschäfte, die der Regierung zugeteilt sind, sind die Richtlinien, eben die Richtlinien für die nächste Legislatur. Das ist sehr wichtig. Ich habe auch in der Behandlung in der SAK immer vehement gesagt: «Versuchen Sie nicht, diese Richtlinie mit x Dingen, zwanzig oder dreissig Planungserklärungen, irgendwie zu beeinflussen. Wenn Sie Einfluss nehmen wollen, starten Sie in einer Kommission eine Kommissionsmotion, geben Sie diese ein und sagen Sie der Regierung breit abgestützt, dieses spezielle Thema sei Ihnen wichtig.» Aber nicht mit solchen Allgemeinplätzen.

Der Inhalt – völlig unbestritten. Es ist Zeit, wir müssen jetzt handeln. Aber wir finden es etwas lehrerhaft sagen zu müssen: «Sie müssen das jetzt machen.» Mir ist auch klar, dass das eingegeben wurde, bevor das Volk den Klimaartikel aufnahm. Jetzt müssen Sie sich überlegen, was das heisst. Nun steht in der Verfassung, wir müssen uns um das Klima kümmern. Wir müssen das wirklich in den Fokus nehmen. Die Regierung muss. Wir müssen. Denn sonst handeln wir verfassungswidrig. Alle hier im Saal haben vor zwei Tagen – nein, gestern – einen Eid abgelegt. Sie haben entweder geschworen oder bezeugt, dass sie die Verfassung einhalten wollen. Deshalb ist dies als Motion unnötig. Aus diesem Grund wird die gip den Vorstoss nur als Postulat unterstützen, obschon wir inhaltlich völlig einverstanden sind.

Präsident. Für die SP-JUSO hat Grossrat Stampfli das Wort. Danach gehen wir in die Mittagspause. Nach der Mittagspause spricht erneut der Motionär, dann der Staatsschreiber.

David Stampfli, Bern (SP), Fraktionssprecher. Vorweg: Die SP-JUSO-Fraktion wird diesen Vorstoss sowohl als Motion wie auch als Postulat unterstützen. Ich bin durchaus erfreut, nach all diesen Voten feststellen zu können, dass zumindest die Existenz der Klimakrise hier im Saal nicht mehr in Frage gestellt wird. Das ist doch schon ein gewaltiger Fortschritt. Leider haben wir, wenn es darum geht, die Klimakrise ernsthaft zu bekämpfen, durchaus noch ziemlich viel Luft gegen oben. Bis jetzt scheint es hauptsächlich darum zu gehen, sich möglichst grün zu verkaufen und das kampagnentechnisch gescheit rüberzubringen. Wenn es aber konkret wird, hapert es. Offenbar ist es wichtiger, technische Dinge anzubringen, wer wem was zu sagen hat, als konkret Massnahmen zu beschliessen. Als Gesetzgeber, dies an meinen Vorredner gerichtet, können wir der Regierung durchaus sagen, welche Schwerpunkte sie in der Legislatur setzen soll.

Die SP-JUSO-Fraktion ist überzeugt, dass es zwar richtig ist, dass man Zeichen setzt. Wir sind aber auch der Meinung, dass man den Klimawandel beziehungsweise die Klimakrise nicht separat anschauen kann. Wie der Regierungsrat in seiner Antwort richtig schreibt, gibt es noch viele andere wichtige Herausforderungen. Er hat mehrere erwähnt. Man könnte übrigens auch den Fachkräftemangel erwähnen, der immer stärker wird, oder die familienergänzende Kinderbetreuung, die auch überhaupt nicht gelöst ist. Es wäre deshalb wahrscheinlich etwas vermessen zu sagen, es sei eine Klimalegislatur. Sondern das Klima ist einfach extrem wichtig, das müssen wir angehen. Aber noch viel wichtiger, als ob es in einer Richtlinie steht oder nicht – unserer Meinung nach darf es gerne in den Richtlinien stehen –, ist, welche konkreten Massnahmen wir beschliessen.

Es wurde erwähnt, wir haben jetzt einen Klimaschutzartikel in der Verfassung. Ein paar Monate später wurde eine entsprechende Vorlage vom Volk abgelehnt. Zugegebenermassen, man kann auch etwas gescheiter werden. Ich denke, die SP-JUSO-Fraktion wird sich zukünftig zweimal überlegen, ob sie noch einmal einem so faulen Kompromiss zustimmen wird. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir müssen die Klimakrise in den Griff bekommen. Aber das müssen wir machen, indem wir Vorlagen präsentieren, die mehrheitsfähig sind, und mehrheitsfähige Vorlagen gibt es nur, wenn sie auch sozialverträglich sind. Das heisst, sie müssen für die Menschen nachvollziehbar und bezahlbar sein. Nur dann geht es.

Wir haben es jetzt gesehen, es wurden mehrfach Vorlagen abgelehnt, das Energiegesetz, das CO₂-Gesetz auf nationaler Ebene und vor kurzem die Motorfahrzeugsteuer. Offenbar funktioniert es so nicht. Dann können wir noch lange in die Richtlinien der Legislatur schreiben, es sei eine Klimalegislatur. Wir können noch lange Gutes zum Klima sagen und uns grün auf die Fahne schreiben. Aber das wird die Klimakrise nicht aufhalten, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sondern nur konkrete Massnahmen. Konkrete Massnahmen kosten, und wir sind bereit, diese Kosten zu tragen.

Das wird entscheidend sein. Dann wird sich zeigen, ob die schönen Worte auch tatsächlich Wirkung zeigen, wenn es darum geht, bereit zu sein, dafür etwas zu bezahlen.

Ich erinnere daran, dass wir in der letzten Legislatur einen Klimafonds einrichten wollten. Nur schon das Wort Fonds hat offenbar Aversionen ausgelöst. Wir können gerne etwas anderes anpacken. Ich habe erfreut zur Kenntnis genommen, dass wir zumindest eine ÖV-Offensive anpacken wollten. Aber auch da wird es im nächsten Angebotsbeschluss konkrete Massnahmen brauchen. Wir werden genau dann gefragt sein, wenn es darum geht, die entsprechenden Mittel zu sprechen. In diesem Sinn: Hier geht es nur um den ersten Schritt, nur um den Anfang. Die SP-JUSO-Fraktion will sich dem nicht verwehren und wird deshalb beidem zustimmen. Aber die konkreten Schritte warten noch und müssen beschlossen werden.

Präsident. Als nächste konkrete Massnahmen gehen wir mittagessen. Ich wünsche allen einen guten Appetit. Wir sehen uns bei der Fortsetzung des Geschäfts wieder.

Die Sitzung endet um 11.45 Uhr. / La séance se termine à 11 heures 45.

Protokoll: / Procès-verbal :

Corinne Zalka Schweizer